# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 18 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 22 Goldpfennige, Reklamen-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 30 Goldpfennige.

Anzeigenannahme: Geschäftsstelle Aue, Kirchgasse 17, Fernsprech-Anschluß Nr. 30.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 68 | Donnerstag, den 20. März 1924 | 19. Jahrgang


# Das französisch-tschechische Komplott gegen Deutschland.

### Bedrohung Oesterreichs, Italiens, Ungarns und Rußlands.

**Fünf Geheimdokumente.**

Zu dem am 25. Januar 1924 veröffentlichten „Freundschafts- und Bündnisvertrag" zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei werden jetzt die bisher offiziell immer abgeleugneten geheimen Abmachungen bekannt. Es handelt sich um fünf Dokumente, deren Wortlaut vom „Berliner Tageblatt" veröffentlicht wird.

**Geheimprotokoll zwischen der Regierung der französischen Republik und der Regierung der tschechoslowakischen Republik.**

In dem ersten Geheimprotokoll vom 25. Dezember 1923 schließen Poincare und Benesch einen Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechei. In dem Protokoll heißt es weiter: Sie versprechen sich, auf Grund der Rekonstruktion Mitteleuropas den Beitritt des Vereinigten Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen und die Zustimmung Polens und Rumäniens zu diesem Vertrag anzustreben.

Der Herr Ministerpräsident Raymond Poincare ist ermächtigt worden zu erklären, der tschechoslowakischen Republik für den „Ausbau der Wehrmacht durch restlose Ausnutzung der tschechoslowakischen Kräfte für den Wehrzweck" — wie im Wehrvorschlage der französischen Militärmission in Prag vom 11. Dezember 1923 vorgeschlagen — einen nicht begrenzten französischen Kredit zuzusichern.

A dato wird das Oberkommando der tschechoslowakischen Wehrmacht alljährlich im Frühjahr, erstmalig spätestens im August 1924, ein signiertes Programm mit dem Oberkommando in Paris austauschen, das besonders Zahl und Stärke jener tschechoslowakischen Streitkräfte auf den „Gesamtplan für die Mobilmachung" enthält, die für den Kriegsfall planmäßig aufgestellt wurden. Die ziffernmäßigen Etats haben für die operativen Generalstäbe grundsätzliche Bedeutung.

**Das zweite Protokoll.**

Das zweite Protokoll vom 25. Januar 1924 enthält folgende Abmachungen:

1. Die Tschechoslowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland mit ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich, bei einem Wegung der Tschechoslowakei mit Deutschland diesem den Krieg zu erklären.

2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland treten beide Vertragsparteien an die Seite Polens.

3. Vor der Eröffnung von Feindseligkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn gibt Frankreich die Unterstützung der Tschechoslowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen.

4. Beide Vertragsteile verhalten sich bei einem Konflikte Polen—Rußland neutral.

5. Bei einem Wiederaufleben der Anschlußbewegung in der Bundesrepublik Oesterreich machen beide Vertragsteile durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in Form einer Besetzung der Bundesrepublik durch verbündete Truppen aufmerksam.

6. Die Wiederkehr der Habsburger in Ungarn verpflichtet Frankreich zur sofortigen Entziehung der Kredite, beide Vertragsteile auf das Hinwirken einer Verschärfung der Kontrolle.

7. Der Versuch einer Restaurierung der Hohenzollern in Deutschland oder in einem seiner Länder erfordert sofort schärfsten Einspruch ultimativen Charakters beider Vertragsteile in gleichen Noten unter Ankündigung weiterer Sanktionen im Westen sowie Südosten unter Bezugnahme auf den Versailler Vertrag. Notorische Widersetzlichkeit Deutschlands ergibt einen Kriegsgrund.

8. Zu Rußland sind freundliche Beziehungen im Einvernehmen anzubahnen. Ein Ueberfall Rußlands auf Rumänien erfordert die Unterstützung Rumäniens mit Kriegsmaterial.

9. Die Unterstützung Rußlands durch Deutschland bei einem Kriege Rußland—Polen erfordert die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsteile an Deutschland.

10. Unabhängig bleibt die Stellung beider Vertragsteile zu Italien. Die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft werden von beiden Vertragsteilen bekämpft.

Das nächste Aktenstück ist ein Konzeptvertrag über den

**Beitritt Südslawiens zu dem Bündnisvertrage,**

den Benesch dem südslawischen Außenminister Nintschitsch vorgelegt hat.

Für den Fall eines ungarischen Angriffes auf Südslawien oder die Tschechoslowakei sollten sich beide Staaten, wie bereits früher festgesetzt, mit ihrer gesamten militärischen Macht beistehen. Frankreich aber sich zu einer wohlwollenden Neutralität verpflichten.

Für den Fall eines deutschen Angriffes auf eine der Vertragsparteien sollten die beiden anderen dem Angegriffenen mit voller Kriegsmacht beistehen und ein südslawisches Armeekorps sollte unter das tschechoslowakische Oberkommando treten.

Im Falle eines Angriffes von anderer Seite als Deutschland oder Ungarn auf eine der Vertragsparteien sollten sich die beiden anderen zu wohlwollender Neutralität verpflichten.

Wenn jedoch die angreifende Macht von Deutschland oder Ungarn unterstützt würde, sollten die vollen Verpflichtungen in Kraft treten.

Der Vertrag sollte auf unbeschränkte Zeit abgeschlossen werden, jedoch einen Rücktritt mit zweijähriger Kündigung gestatten.

Aus dem gleichfalls veröffentlichten Geheimprotokoll anläßlich der Belgrader Konferenz am 10. Januar 1924 geht hervor, daß Nintschitsch mit den dem Vorschlage und dem Konzeptvertrag zugrunde liegenden Gedanken sich einverstanden erklärt, gegen den Abschluß des neuen Vertrages in der vorgeschlagenen Form und Ausdehnung jedoch Bedenken geltend gemacht hat, die ihm nicht gestatten, dem König die Annahme des Vorschlages in der erwähnten Fassung zu empfehlen. Dagegen waren sich Nintschitsch und Benesch darüber einig, eine Habsburgerdynastie in Ungarn nicht zu dulden und Garantien dafür zu verlangen, daß der an Ungarn gewährte 250-Millionen-Kredit keinesfalls für Rüstungszwecke verausgabt wird.

Das letzte Aktenstück ist das Investitionsprogramm zum Wehrvorschlag der französischen Militärmission vom 11. Dezember 1923. Es sieht den Bau von 2134 Kilometer neuer Eisenbahnen, umfangreiche Straßenbauten den Neubau von 18 und den Umbau von vier Kasernen vor. An Ausrüstungsstücken — auf alles einzugehen verbietet der mangelnde Raum — sieht das Investitionsprogramm vor:

450 000 Infanteriegewehre, 150 000 Pistolen, 550 leichte Maschinengewehre, 3500 schwere Maschinengewehre, 1000 leichte, 750 mittlere, 480 schwere Minenwerfer, 1200 Feldgeschütze, 436 Gebirgshaubitzen, 380 schwere Geschütze, 185 Autogeschütze, 320 Flak-Kanonen 1200 Artilleriemunitionswagen.

140 Panzerautomobile für die Kavallerie.

800 vollkommene Flugzeuge, 80 Fesselballons, 500 Reservemotoren, 200 Bombenabwurfapparate, 40 Torpedowurfapparate, Zeitbestimmungsapparate und Kielapparate.

125 Tanks.

450 000 neue Gasmasken mit Einsätzen.

450 000 neue Felduniformen, Kappen, Blusen, Hosen, Mäntel, Gamaschen, Schuhe, 450 000 Paar Reserveschuhe.

Munition auf Vorrat: 280 Millionen Schuß Gewehrmunition, 150 Millionen Schuß Maschinengewehrmunition, 250 000 mittlere Minenwerfermunition, 1,5 Millionen leichte Minenwerfermunition, 2,5 Millionen abl. Feldartilleriemunition, 750 000 Gebirgsartilleriemunition, 650 000 Schuß andere Munition, 500 000 Kilogramm Bomben.

### Die tschechische Gesandtschaft in Berlin zum Geheimvertrage.

Die Veröffentlichung der Geheimverträge zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei hat auf der tschechischen Gesandtschaft in Berlin das größte Aufsehen erregt. Nach telephonischer Anfrage in Prag wird nun auf der Gesandtschaft, wie zu erwarten, festgestellt, daß solche Verträge nicht beständen. Die Veröffentlichungen seien Fälschungen, durch die man sich habe täuschen lassen. Dr. Benesch werde in Prag eine Erklärung abgeben. Die Gesandtschaft ist überzeugt daß derartig schwerwiegende Enthüllungen sich nicht durch ein einfaches Dementi abtun lassen, und daß die ganze Angelegenheit die Oeffentlichkeit noch lange beschäftigen wird.

**Auch Agence Havas dementiert.**

In einem offiziösen, von der Agence Havas verbreiteten Dementi werden die Mitteilungen des B. T. über ein Geheimabkommen zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei als von Anfang bis zu Ende erfunden bezeichnet. Es bestehe in dieser Hinsicht zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei kein anderes Abkommen als der Vertrag vom 25. Januar, der veröffentlicht und von dem französischen Vertreter Hanotaux und dem tschechischen Minister Dr. Benesch satzungsgemäß dem Völkerbund mitgeteilt worden sei.

# Frankreich in den Händen der Neuyorker Hochfinanz.

### Poincare soll das Ruhrgebiet verlassen.

In London ist man überzeugt, daß Poincare dem Vorschlag des Pariser Komitees zur Stabilisierung der Mark und zur Wiederherstellung der deutschen Währung, also der Errichtung der Goldnotenbank mit hauptsächlich deutschem Kapital unter internationaler Direktion zustimmen werde. Im Interesse der beabsichtigten Anleihe von 50 Millionen Pfund, die ja zum größten Teil für Zahlungen an Frankreich und Belgien benutzt werden sollen, würde Frankreich aufgefordert werden, die Ruhr zu verlassen. Es werde aber nur damit einverstanden sein, sich in einem solchen Verhältnis aus dem Einbruchgebiet zurückzuziehen, als Reparationszahlungen einlaufen und sich inzwischen auf die unsichtbare Besetzung beschränken, an die angeblich beim Einmarsch in das Ruhrgebiet gedacht worden sei. Namentlich in finanziellen Kreisen Londons wird behauptet, diese Politik wäre eine abgemachte Sache. Damit sei erst die Hilfsaktion für den Franken erkauft worden. Dieselben Kreise, die dem Franken so schnell wieder auf die Beine geholfen haben, könnten ebenso schnell dem Kredit Frankreichs einen schweren Schlag versetzen, indem sie das französische Geld in einem für Frankreich ungünstigen Augenblick aus dem Lande zögen.

### Aeußerungen Morgans über Frankreich als Vorkämpfer des Rechts.

„Heure de Nizze" veröffentlicht einige Erklärungen, die Morgan vor seiner Abreise nach Neapel einem Vertreter des Blattes gemacht hat und aus denen hervorgeht, daß Morgan über die Tatsache, daß der französische Senat die neuen Steuern genehmigt habe, befriedigt ist. Natürlich müsse Deutschland bezahlen. Für den Augenblick tue es jedoch nichts. Frankreich habe alle Anstrengungen gemacht, die notwendig gewesen seien, um seinen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Bei weiterer entsprechender Anstrengung würde Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet unbesiegbar sein. Amerika wird stets, so fügte Morgan hinzu, an der Stelle Frankreichs stehen, da Amerika wisse, daß es auf Frankreich als Vorkämpfer des Rechts zählen könne. Die Finanzwelt habe jederzeit dies erkannt und auch den Beweis dafür geliefert. Mein Vater zeigte dies im Kriege von 1870, und mit bewundernswerter Einstimmigkeit haben in den letzten Tagen die großen Bankleute der Vereinigten Staaten meinen Ruf beantwortet, um Frankreich zu helfen, die gegen seine Währung gerichtete Koalition zu beseitigen.

**Rückzahlung der Morgankredite bis 1. Juli 1924.**

Die „Times" melden aus Neuyork, die Rückzahlung der Morganvorschüsse an Frankreich muß bis 1. Juli erfolgen. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache an der Montagbörse trat in der Frankenhausse eine nachhaltige Zurückhaltung ein.

### Lloyd George wirft Macdonald Schwäche vor.

Der „Courant" meldet aus London: Macdonalds letzte Friedensrede im Unterhaus und besonders die Ankündigung der Aufgabe der geplanten englischen Flottenbasis in Singapore hat eine politische Sensation in den Kreisen der Unionisten und des linken Flügels der Liberalen hervorgerufen. Bereits die konservativen Abendblätter nennen Macdonalds Rückzug in der Singapore-Frage eine schwere Erschütterung der englischen Prestigefrage, denen weitere Erschütterungen durch die Arbeiterregierung folgen würden, wenn sie am Ruder bliebe. Lloyd Georges Organ, der „Daily Expreß", schreibt: Wenn wir die Flottenbasis in Singapore jetzt aufgeben, nachdem ganz Asien unsern Plan bereits kennt, dann beginnen wir eine Politik der Schwäche, die verhängnisvoll für England werden muß. Im Unterhaus sind für die nächsten Tage schwere Angriffe auf Macdonald zu erwarten.

### Die Kommunistentscheka beim Morden.

Der Elberfelder Kriminalpolizei ist es gelungen, den Ueberfall auf die Schupobeamten in der Barresbecker Straße, bei dem Wachtmeister Kühs erschossen wurde, sowie alle übrigen Raubüberfälle auf Schupobeamte restlos aufzuklären. Fest steht, daß alle Ueberfälle von bewaffneten kommunistischen Banden ausgeführt wurden. Sämtliche Täter sind ausschließlich Mitglieder der kommunistischen Partei.

**Eine neue Partei Ledebours.** Der einstige Sozialdemokrat und spätere Unabhängige Ledebour hat jetzt, um auch im Reichstag ein Mandat zu erhalten, eine neue Partei gegründet, die sich Sozialistischer Bund nennt. Dieser Bund beabsichtigt die Zusammenfassung aller Sozialisten, die durch die Fraktionspolitik der Sozialdemokratie und der anderen Gruppen verärgert worden sind und eine „klare sozialistische Politik" im Reichstag betrieben sehen wollen.